

Kooperationspapier der Stadtratsfraktionen
GRÜNES BAMBERG / ÖDP / VOLT
SPD
für die Stadtratsperiode 2020 bis 2026

1) Haushalt und Finanzen

Eine solide Haushaltspolitik stellt die Leistungsfähigkeit einer Stadt sicher und ist die Grundlage für die Verwirklichung der politischen Ziele. Für alle politischen Entscheidungen gilt der Haushaltsvorbehalt.

Die städtischen Finanzen stehen in den kommenden Jahren vor den Herausforderungen der Folgen der Coronakrise.

Die Politik der soliden Finanzen muss fortgesetzt werden. Angesichts wegbrechender Steuereinnahmen muss es aber auch möglich sein, bei dringender Notwendigkeit eine Erhöhung der Nettokreditaufnahme zu tätigen, um den politischen Gestaltungsspielraum der Stadt zu erhalten. Um Bürgerinnen und Bürgern mehr Teilhabe an städtischen Projekten zu ermöglichen, gilt es zu prüfen, ob innovative Einnahmemöglichkeiten wie projektbezogene Bürgerdarlehen oder Unterstützung durch Crowdfunding Anwendung finden können.

Ohne die Begrenzung der Personalkosten im Verwaltungshaushalt ist der politische Handlungsspielraum in der Stadt gefährdet. Daher sollen die Personalkosten in der kommenden Legislaturperiode jährlich auf 85 Mio. brutto begrenzt werden; ausgenommen sind Tarifsteigerungen. Dazu sollen Strukturen und Inhalte im Verwaltungsablauf überprüft werden.

Um das heimische Handwerk zu stützen und die Infrastruktur zu stärken, werden bereits geförderte Projekte fortgesetzt. Bereits beschlossene und im Haushalt 2020 abgebildete Projekte sollen ebenfalls möglichst umgesetzt werden.

Um den Stadtrat zu stärken, sollen Globalbeträge für freiwillige Leitungen geschaffen werden. Insbesondere in den Bereichen Kultur, Sport und Soziales sollen diese über die Fachsenate vergeben werden.

2) Soziales

2.1) Bildung und Kinderbetreuung

Kinder sind Bambergs Zukunft. Durch die Ausweitung des bestehenden Betreuungsangebotes soll die Vereinbarung von Familie und Beruf erleichtert werden. So wollen wir in den kommenden 6 Jahren die Ganztagsangebote entscheidend verbessern. Einen besonderen Schwerpunkt werden wir auf die Weiterentwicklung der Bildungslandschaft in Bamberg legen.

Für die Altersgruppen 0 bis 10 schaffen wir insgesamt mindestens 1000 neue Betreuungsplätze. Für die Betreuung von Grundschulkindern muss eine Grundsatzentscheidung herbeigeführt werden (OGTS, Mittagsbetreuung, Kombimodell, Hortbetreuung) und ein Ausbau der Kapazitäten im bevorzugten Modell erfolgen. Wir nehmen uns dabei eine Mindestzahl von 500 neuen

Betreuungsplätzen für Kinder im Grundschulalter vor. Eine Erhebung der Soll-Zahl der zu betreuenden Kinder wird jährlich fortgeschrieben.

Die Raumbedarfe der Grundschulen, sowohl für Regelunterricht als auch für die Ganztagsbetreuung, müssen analysiert und bei Bedarf erweitert werden.

Abhängig von der o. g. Grundsatzentscheidung müssen sowohl die Ferienbetreuung an Schulen als auch die dezentrale Ferienbetreuung am Bedarf ausgerichtet werden mit dem Ziel, eine flächendeckende Versorgung zu erreichen.

Für ein inklusives Bildungssystem und zur besseren Integration von Kindern aus Familien mit Flucht- und Migrationshintergrund wirken wir darauf hin, dass Klassen mit mehr als 25% Migrationsanteil zusätzliche Förderlehrer*innen bzw. Lehrer*innen für DaZ erhalten.

Für die Altersgruppe 0 bis 6 schaffen wir bis 2026 insgesamt 500 neue Kita-Plätze in allen Stadtteilen. Dabei wird die Aufnahme der kommunalen Trägerschaft grundsätzlich befürwortet.

Wir setzen uns für einen Modellversuch „24h Kita-Betreuung“ ein, um besonders alleinerziehende Eltern in Schichtarbeit zu entlasten.

Die Satzung der Tagespflegepersonen muss überarbeitet werden, um die Entlohnung anzupassen und die Attraktivität des Berufes zu fördern.

Bei der Schulhaussanierung müssen wir unterscheiden zwischen Generalsanierung (z.B. Trimbergschule), Teilsanierung (z.B. Kaulbergschule) und Sonderkontingenten (z.B. Akustik, Inklusion, Betreuung). Geprüft werden soll ein Gesamtkonzept für die Sanierung der Wunderburg- und Trimbergschule.

Für die Sanierung der Schultoiletten aller Schulen wird ein Konzept bis Ende 2020 erstellt. Bis Ende 2025 sollen alle Toiletten generalsaniert sein.

Die digitale Ausstattung der Bamberger Schulen ist zu verbessern und den modernen Anforderungen anzupassen. Dazu richten wir eine Taskforce ein, die im Bildungsreferat angesiedelt ist. Diese Taskforce hat den Auftrag, bis Ende 2020 ein Digitalisierungskonzept vorzulegen und dieses bis 2023 umzusetzen. Hierbei ist nicht nur auf Hardware-, sondern auch auf Softwarekonzepte zu achten.

Um den Bedürfnissen von Familien in Bamberg-Ost gerecht zu werden, erstellen wir bis Ende 2020 ein Schulkonzept für diesen Stadtteil, insbesondere soll hier der Bedarf für eine neue Schule für das Wohngebiet Lagarde und die Nachnutzung des „Ankerzentrum“ als Wohngebiet erhoben und berücksichtigt werden.

Zwischen der Studierendenvertretung, der Stadtverwaltung und dem Stadtrat soll ein regelmäßiger institutionalisierter Austausch im Semesterrhythmus stattfinden.

2.2) Senior*innen, Pflege und Soziales

Der Zusammenhalt einer Stadt gelingt nur dann, wenn vor allem diejenigen unterstützt werden, die auf Hilfe angewiesen sind.

Seit 2017 setzt die Stadt Bamberg das seniorenpolitische Gesamtkonzept (SPGK) mit den Trägerkonferenzen um. Das wird fortgesetzt.

Die Pflegebedarfsplanungen werden fortgesetzt und realisiert, bis 2026 werden 500 neue Pflegeplätze geschaffen. Um darüber hinaus bis 2025 mindestens 100 dringend benötigte Kurzzeitpflegeplätze zu schaffen, richten wir einen runden Tisch mit allen beteiligten Wohlfahrtsverbänden, privaten Trägern und Stiftungen ein. Dabei geht es darum, konkrete Konzepte zu entwickeln und zeitnah Maßnahmen zu ergreifen. Die Stadt wird beauftragt, städtische Grundstücke für Pflegeeinrichtungen vorzuschlagen.

Anreize für Pflegekräfte und alternative Wohnformen für Senior*innen, insbesondere für Menschen mit Demenz, werden bis Oktober 2020 konzipiert.

Die begonnene Umsetzung des Quartierskonzeptes „Fördernetzwerk Stadtteilbüros“ wird flächendeckend fortgesetzt. Dabei ist darauf zu achten, dass Stadtteilzentren/Stadtteilbüros generationenübergreifend verstanden werden.

Für die konkrete Projektarbeit vor Ort soll den jeweiligen Stadtteilzentren/Stadtteilbüros ein Budget zur Verfügung gestellt werden.

Inklusion und Barrierefreiheit werden als laufende Querschnittsaufgaben beachtet und evaluiert. Der Beirat für Menschen mit Behinderung wird hierbei gehört und berücksichtigt. Für konkrete Projekte für Inklusion und Barrierefreiheit werden Mittel aus dem Haushalt bereitgestellt.

Wir wollen die Akademisierung der Pflegeberufe genauso wie die dreijährige Grundausbildung für Pflegekräfte unterstützen und hierbei den Standort Bamberg stärken. So wird zum Beispiel angestrebt, zur Ausbildung von Hebammen ein Aninstitut an der Otto-Friedrich-Universität zu gründen.

Den Bamberg-Pass führen wir zum 01.01.2022 ein. Das Konzept für die Umsetzung soll bis Dezember 2020 stehen, die Umsetzung selbst erfolgt durch das Jobcenter und/oder das Sozialreferat.

2.3) Bürger*innenbeteiligung

Neue und bewährte Strukturen sollen dafür sorgen, dass sich Bürger*innen über städtisches und kommunalpolitisches Handeln informieren und sich wirkungsvoll daran beteiligen können.

Die Bürger*innenbeteiligung wird weiterentwickelt, der Fokus darf aus Gründen der Barrierefreiheit jedoch nicht nur im digitalen Bereich liegen.

Für neue Formate der Bürger*innenbeteiligung wie z.B. digitale Teilhabe in Form einer Mitmachapp wird ein Konzept bis spätestens Juli 2021 erstellt.

Gut angenommene Formate (Vortragsreihen im Bürger*innenlabor, Informationsveranstaltungen, Bamberg on tour und Stadtteilgespräche etc.) werden fortgesetzt.

Analoge und digitale Bürger*innensprechstunden sind nach den bisherigen Erfahrungen die erfolgreichsten Formate, die ebenfalls beibehalten werden, um auch in Zukunft allgemeine politische und individuelle Anliegen bürgernah zu bearbeiten.

Unter Berücksichtigung des bereits bestehenden „FiModells“ und unter Einbindung der Bürgervereine ist eine Bürger*innenbeteiligungssatzung und ein geloster Bürger*innenrat zu prüfen.

Unter Einbeziehung der Schülersprecher*innen und der Jugendverbände wird ein Jugendparlament auf der Grundlage einer zu errichtenden Satzung gebildet.

Die Stadt macht den Bürger*innen den jeweiligen verabschiedeten Haushalt und die Mittelverwendung durch eine anschauliche Visualisierung verständlich.

2.4) Migration, Integration, Gleichstellung

Kulturelle Vielfalt ist eine Chance für Bamberg.

Für die schnellstmögliche Schließung des „Ankerzentrums“ spätestens zum Vertragsende 2025 und die Nachnutzung wird ein Strategiepapier erstellt, außerdem werden zeitnah Verhandlungen mit Bund und Land aufgenommen. Die Arbeit an der Erstellung des Strategiepapiers wird sofort aufgenommen.

Das Ombudsteam bleibt bestehen und die Arbeit wird fortgeführt. Wir setzen uns dafür ein, dass die Arbeit des Ombudsteams aufgewertet wird und schlagen als erste Maßnahme die Umwandlung in einen Beirat für das „Ankerzentrum“ vor.

Wir unterstützen besonders die Integration von Geflüchteten in den Arbeitsmarkt und fördern diese.

Wir wollen bei der Personalentwicklung in der Stadtverwaltung eine erhöhte Diversität erreichen. Dabei wollen wir z.B. Frauen und Menschen mit Flucht- und Migrationshintergrund besonders fördern.

Dazu gehört auch, Homeoffice zu ermöglichen, um Arbeitsplätze familienfreundlicher zu gestalten.

Die Frauenkommission des Stadtrates wird in Gleichstellungskommission umbenannt.

Für ein inklusives Bildungssystem und zur besseren Integration von Kindern aus Familien mit Flucht- und Migrationshintergrund wirken wir darauf hin, dass Klassen mit mehr als 25% Migrationsanteil zusätzliche Förderlehrer*innen bzw. Lehrer*innen für DaZ erhalten.

Insbesondere geflüchtete Frauen brauchen eine Beratungsstelle. Wir wollen bestehende Angebote von Familiengericht, Staatsanwaltschaft und Vereinen bündeln und nutzen. Bereits vorhandene Sozialpädagog*innen sollen speziell für diese Zielgruppe geschult werden.

3) Mobilität und Umwelt

3. 1) Mobilität

Mehr Mobilität, weniger Verkehr. Die Verkehrswende erfolgreich gestalten.

Der entsprechende Fachsenat trägt den Namen: Senat für Umwelt, Klima und Mobilität. Abgekürzt: Mobilitätssenat. Es wird angestrebt den Senat fünfmal im Jahr tagen zu lassen.

„Fahrradstadt Bamberg“:

- Schrittweise Umsetzung der Vereinbarung zwischen Stadt und Radinitiative:
Zur Verbesserung der Radinfrastruktur ist die Vereinbarung der Stadt und der Initiative Radentscheid umzusetzen. Dazu gehört auch die probeweise Umsetzung eines markierten Radweges zwischen Bauabschnitt 3 und der Einmündung Friedensbrücke/Schweinfurter Straße auf dem Regensburger Ring. Die Realisierung der Rad-City-Route 8 soll in Kombination mit einer geeigneten Bürgerbeteiligung erfolgen.
- Verkehrsversuch Friedrichstraße: Die versuchsweise erprobte Maßnahme wird übernommen.

- Gestaltung der Radabbiegesituation am Kaulbergfuß/Pfahlplätzchen: Umsetzung des Verwaltungsvorschlags. Ausweisung von Tempo 20 von unten kommend und ortsnahe Sicherung des Behindertenstellplatzes.
- Weitere Maßnahmen zur Stärkung des Radverkehrs: Um das Ziel einer fahrradgerechten Stadt umzusetzen, sollen folgende Maßnahmen geprüft werden: zehn Fahrradstraßen pro Jahr, auch in Form von Fahrradzonen (insgesamt drei Zonen sind angestrebt); stufenweise Erhöhung der Radverkehrsmittel, Grünpfeil für Fahrradfahrende an 100 Ampelkreuzungen; die fehlenden Bauabschnitte (Nordtangente) sollen, dort wo möglich, mit 2,25 m breiten Radwegen fertiggestellt werden.

ROB: Nach der Durchführung einer Konzeptstudie soll der ROB gemeinsam mit dem Landkreis realisiert werden, zu prüfen ist auch eine Realisierung unabhängig vom Bahnausbau.

Parkraumbewirtschaftung: Das beschlossene Parkraumbewirtschaftungskonzept wird umgesetzt. Weitere P+R-Plätze an den Stadträndern: Es werden weitere P+R-Plätze an den Stadträndern mit einer leistungsfähigen Infrastruktur realisiert.

Der aktuelle Verkehrsentwicklungsplan soll bis 2030 umgesetzt werden.

Beim Ausbau der Unterführungen der Zollner- und der Moosstraße bleibt es bei der bisherigen Beschlusslage. Sollten darüber hinaus verbleibende Maßnahmen (Push&Pull) geprüft werden, so ist dazu eine geeignete Bürgerbeteiligung durchzuführen.

Prüfung der Bewerbung als Tempo-30-Modellkommune. Ausnahmen werden gemeinschaftlich geprüft.

Stärkung von Bus- und Fußverkehr

- Eine autonom fahrende E-Bus-Ringlinie wird angestrebt.
- Unter der Voraussetzung, dass die Finanzierung durch Land und Bund gesichert ist, sichern wir die Einführung des 365-Euro-Tickets zu.
- Es wird angestrebt, dass eine Mobilitätsstation als Leuchtturmprojekt installiert wird.
- Die Einführung eines Kurzstreckentarifs im Stadtgebiet wird in Abstimmung mit den Stadtwerken Bamberg sowie dem VGN, vorbehaltlich der Finanzierung, angestrebt.
- Zur Stärkung des ÖPNV, der Elektromobilität und des Radverkehrs ist die Ausweisung weiterer Umweltpuren angestrebt. Die Willy-Lessing-Straße wird dabei vorrangig geprüft.
- Auch weiterhin wird die Barrierefreiheit und Inklusion, insbesondere bei Bushaltestellen, umgesetzt.

Umsetzung von Maßnahmen zur Förderung der autoreduzierten Innenstadt

- Erhöhung der Anwohnerparkgebühr sobald rechtlich zulässig unter Anwendung der Einzelfallprüfung
- Die autoreduzierte Innenstadt ist das gemeinsame Ziel.
- Die Rückgewinnung oberirdischer Parkflächen in für alle nutzbare Flächen wird angestrebt. Die Verwaltung erstellt jährlich einen Fortschrittsbericht über die Anzahl der gewonnenen Flächen.
- Die Erhöhung des Stundenkontingents zur kommunalen Geschwindigkeitsüberwachung wird angestrebt.
- Die Prüfung der Ausweisung von Super-Blocks - nach Bürger*innenbeteiligung - wird angestrebt.

- Um eine bessere Kontrolle des ruhenden Verkehrs zu ermöglichen, soll eine personelle Verstärkung des bestehenden PÜDs geprüft werden. Ein konsequenteres Vorgehen des PÜD wird gefordert.
- Die Regelung der kostenfreien ersten Stunde in städtischen Parkhäusern wird bis Ende 2020 beibehalten. Danach werden die Auswirkungen auf den ruhenden und fließenden Verkehr mittels Verkehrszählung evaluiert.
- An zwei Wochenenden pro Jahr wird es ein "Autofreies Welterbe" geben, gegebenenfalls in Verbindung mit vorhandenen Großveranstaltungen.
- Flaniermeile Lange Straße: Die Umwandlung der Langen Straße in eine Flaniermeile wird angestrebt. Die Verwaltung wird aufgefordert, dem Stadtrat bis Ende 2020 ein Nutzungs- und Gestaltungskonzept vorzulegen. Zudem wird die Stadtverwaltung beauftragt, unter Beteiligung der Stadtgesellschaft und der IG Lange Straße, Vorschläge für Sofortmaßnahmen zur Aufwertung der Langen Straße zu machen.

3.2) Umwelt

Klimaschutz und Nachhaltigkeit sind vorrangig zu beachten, weil sie eine wichtige Querschnittsaufgabe sind, insbesondere zur Umsetzung der Energiewende und zur Erreichung der Klimaziele.

Recycling und Müllvermeidung

- Einführung „papierfreier Stadtrat“
- Stadtverwaltung digitalisieren, um den Papierverbrauch zu reduzieren
- Weiterentwicklung der Initiative „Plastikfreies Bamberg“ zur Initiative „Mehrweg Vorteil“ als Labelling aller Läden, die irgendeine Form von Vorteil gewähren, wenn Lebensmittel/Getränke in mitgebrachten Mehrwegbehältnissen gekauft werden
- Sauberes Silvester: Ausweitung der Verbotszonen privater Feuerwerke auf das Weltkulturerbe sowie Prüfung einer spendenfinanzierten Lasershow der Stadt (bei Silvester und Sandkerwa)
- Verpackungsabgabe bei to-go-Verkäufen nach Vorbild Tübingens sobald die Belastung des Einzelhandels durch die Coronakrise ausreichend abgenommen hat, spätestens aber ab 2022
- Wahlplakate bei Kommunalwahlen dürfen nur noch auf kommunalen Stellwänden in einzelnen Stadtteilen montiert werden. Die Stadtverwaltung wird beauftragt Vorschläge für Standorte zu machen. Die Plakatierung für andere Wahlen stellen wir auf den Prüfstand.
- Langfristige Kampagne zu "Müllvermeidung, Mehrweg, Zigarettenkippen, Hundekot, Naturschutz, etc." mit (humorvollen) Aufklebern auf den Flächen öffentlicher Mülleimer
- Es wird geprüft, ob das Ordnungsamt eine zivile Abfallstreife durchführen kann.
- Wir wollen einen Re-Use-Center auf dem Wertstoffhof
- Wo es möglich ist, wird Einweggeschirr in sämtlichen städtischen Einrichtungen/Tochterunternehmen verboten
- Sensoren für Altglascontainer zur bedarfsgerechten Leerung
- Öffentliche Mülleimer (möglichst „Abfallhaie“) an relativ naturnahen Orten häufigen Litterings ohne aktuelle Abfallanlagen
- Die Verwaltung wird beauftragt, bis Ende 2020 zu prüfen mit welchen Maßnahmen das Müllaufkommen in Privathaushalten reduziert sowie das Recycling verbessert werden kann, insbesondere durch eine Gelbe Wertstofftonne, Nutzungsabhängige Müllgebühren sowie Maßnahmen zur Reduzierung des Fremdmülls im Biomüll.
- Umsetzung des Beschlusses zur nachhaltigen Beschaffung der Stadt Bamberg

Schutz von natürlichen Lebensgrundlagen

- Ausweisung von neuen Naturschutzgebieten am Sonderlandeplatz Breitenau und am ehemaligen Schießplatz/Armeestraße
- Die Verwaltung wird beauftragt, die Bebauungspläne für Um- und Neubauten dahingehend abzuändern, dass insbesondere geschottete Gärten und Kunstrasenflächen untersagt sind.
- Ökologisches Grünflächenmanagement: Das heißt: keine übertriebene Grünlandpflege, Rasenflächen und -streifen entlang von Straßen werden prinzipiell nur noch zwei Mal im Jahr gemäht, sofern die Verkehrssicherheit oder eine intensive Erholungsnutzung nicht entgegenstehen. Und: kein Einsatz von Pestiziden.
- Bepflanzung von Baumscheiben und Erhalt von bestehendem Stadtgrün durch Gießkonzepte.
- Die Pflanzung von „1000+X“ Bäumen, u.a. im Rahmen eines stadtweiten Aktionstags zur Pflanzung von Setzlingen durch Bürger*innen in Begleitung von Mitarbeiter*innen des Gartenamts in vorher definierten Pflanzkorridoren. Wo möglich sollen dabei auch Baumpatenschaften zum Gießen übernommen werden.
- Die Stadt Bamberg setzt sich dafür ein, landwirtschaftlich genutzte Flächen als solche zu erhalten.
- Es wird angestrebt, dass an einem zentralen Ort im Stadtgebiet ermöglicht wird, mit Bürger*innenbeteiligung probeweise einen Permakulturgarten oder vergleichbares umzusetzen.
- Es werden Flächen für gemeinschaftlichen Gartenbau (bspw. Solawi) in Bamberg-Ost angeboten.
- Wo es technisch möglich ist, werden städtische Flachdächer begrünt und mit Photovoltaikanlagen ausgestattet.
- Förderung privater Dachbegrünungen durch Halbierung der Gebühren für Niederschlagswasser
- Schulkantinen sollen regionale Bio-Lebensmittel erhalten
- Zusammen mit dem Landkreis wollen wir die Windkraft fördern und unterstützen
- Projekte, die der Begrünung der Bamberger Innenstadt dienen, werden gefördert und unterstützt. Als Vorzeigeprojekt zur Begrünung und Attraktivierung soll der Maxplatz dienen.
- Weitere Umstellung auf LED-Technik sowie sensorgestützte Beleuchtung, um Insekten und Tiere weniger durch Lichtverschmutzung zu belasten
- Für Bebauungspläne von Neubauten werden Auflagen für Photovoltaik- und Solaranlagen geprüft.
- Förderprogramm Lastenfahrräder (E-Bikes) für Gewerbe und Familien
- Der Bau von PV-Anlagen wird forciert und gefördert.
- Energetische Sanierung von kommunalen Gebäuden, wie beispielsweise Rathaus Geyerswörth, Klosteranlage Michelsberg, Quartier Rathaus Maxplatz und Schulgebäude
- Weiterentwicklung der E-Mobilität

Transparenz und Kontrolle

- Entwicklung eines jährlichen Klimamonitorings für Bamberg, der die CO₂-Reduktion sowie den Energieverbrauch der Stadt Bamberg messbar macht
- Ein Klimabeirat ist anzustreben.
- In einem Grundsatzbeschluss sind der Klimavorbehalt und die Bedingungen für ökosoziale Planungsprozesse festzulegen.
- Berufung eine*r Klimaschutzmanagers/in
- Ergänzung des Referats „Umwelt und Soziales“ um den Begriff „Klima“

Neue Bestattungskultur: Ausweisung eines Friedwaldes als Ergänzung zur bestehenden städtischen Friedhofslandschaft

4) Stadtentwicklung – Konversion – Bauen – Wohnen – Bahnausbau

4.1) Stadtentwicklung

Klimaanpassungsstrategien sind zu entwickeln und in den Flächennutzungsplan- und Bebauungsplanverfahren umzusetzen. An geeigneten Stellen sollen „urbane Gebiete“ ausgewiesen werden.

Nachverdichtungspotenziale sind zu nutzen. Entsiegelung von Flächen ist anzustreben. Maßnahmen zum Thema „Grün in der Stadt“ sollen realisiert werden (Parkplätze, Hofflächen, Dachflächen).

4.2) Konversion

Muna:

- Auf der Muna sind Schutzzonen in Form von Bannwald, Landschaftsschutzgebieten und Naturschutzgebieten auszuweisen. Maßgebend sind dazu die von der BI Hauptmoorwald eingereichten Karten. Geringe Abweichungen davon können im Dialog mit der BI Hauptmoorwald festgesetzt werden.
- Es können maximal 20 ha nutzbare Fläche ausgewiesen werden, wozu vornehmlich versiegelte Flächen heranzuziehen sind.
- Für ein neues Bebauungsplanverfahren ist ein mikroklimatisches Gutachten einzufordern, über das Bebauungsdichte und –höhe bestimmt werden.
- Die gesetzliche Bürgerbeteiligung ist durch Informationsveranstaltungen zu erweitern.
- Für eine Bebauung werden nachhaltig wirtschaftende Unternehmen und Unternehmen des lokalen Mittelstands priorisiert.

Die Verhandlungen zum Erwerb der Fläche des Ankerzentrums sind zeitnah aufzunehmen. Für eine Umnutzung dieses Areals ist im Herbst 2020 ein Aufstellungsbeschluss zu fassen. Sobald die Bundespolizei eine verbindliche Aussage zum Regelbetrieb und zur evtl. Freigabe von Flächen abgibt ist der Rahmenplan für die ehem. Warner Barracks zu aktualisieren.

4.3) Bauen

Die Kanalsanierung ist durch den EBB fortzuführen, wobei für Starkregen neuzeitliche Vorkehrungen zu treffen sind.

Im Rahmen des Gebäudeunterhalts ist ein Grundsatzbeschluss bezüglich öko-sozialer Kriterien zu fassen und umzusetzen, wobei auch alternative Bauweisen zu berücksichtigen sind.

Der Lichtmasterplan ist im Hinblick auf Verträglichkeit für Insekten und Pflanzen zu überprüfen.

4.4) Wohnen

Eine Erhöhung der Sozialklausel auf eine Bandbreite von 20 – 30 % ist im Einzelfall, je nach Art des Bauvorhabens, in jedem Bebauungsplanverfahren umzusetzen. Die Satzung ist entsprechend anzupassen.

Die Verwirklichung von 500 Sozialwohnungen, über das Stadtgebiet verteilt, ist bis 2026 anzustreben.

Die Bauverwaltung berichtet zweimal jährlich im Rahmen der Vollsitzung über den Stand des Wohnungsbaus in Bamberg.

4.5) Bahnausbau

Die Bauverwaltung wird beauftragt, über das Baupotenzial entlang der Bahntrasse auf dem Stadtgebiet in der Vollsitzung zeitnah zu berichten. Die Errichtung von Photovoltaikanlagen entlang der Bahntrasse ist zu prüfen.

Die Stadt regt bei der Bahn an, die Bürgerbeteiligung zu den Ausbauprojekten besonders intensiv durchzuführen.

5) Kultur – Sport - Wirtschaft – Tourismus – Digitalisierung – Europa

5.1) Kultur

- Das neue Kulturzentrum auf der Lagarde (Posthalle und Kulturhof) wird realisiert. Ein erstes niedrigschwelliges Angebot zur Nutzung muss im Jahr 2020 starten. Ansonsten sind Zwischennutzungen dort zu befürworten.
- Der bestehende Nutzungsvertrag für das Kesselhaus zwischen Kunstraum Jetzt! und der Stadt wird um 4 Jahre verlängert. Im Zuge dieser Wahlperiode wird eine Machbarkeitsstudie zur Nutzung des Kesselhauses beauftragt.
- Der Kulturentwicklungsplan wird in 2020 mit den Kulturschaffenden diskutiert, im Stadtrat verabschiedet und umgesetzt.
- Der Förderetat für freie Kulturschaffende wird erhöht und vom Kultursenat aus dem einschlägigen Kulturetat verteilt. Das Ziel ist, dass 5% der Haushaltsmittel aus dem Kulturetat der freien Kulturszene zur Verfügung gestellt werden.
- Die Sanierung und Entwicklung des Anwesens „Obere Sandstraße 20“ mit einer Musikveranstaltungsmöglichkeit wie bspw. dem Sound'n'Arts wird angestrebt.
- Die Unterstützung von Initiativen zur Schaffung neuer Proberäume wie des House of music wird gewährleistet.
- Die Weiterentwicklung des Jugendzentrums am Margaretendamm zu einem Jugendkulturzentrum wird angestrebt.
- Die Aufnahme von Gesprächen mit dem Landkreis Bamberg mit dem Ziel der Gründung eines Zweckverbandes für Kultur zur Implementierung bspw. einer Kulturregion Bamberg wird durchgeführt.
- Die Bayerleinbilder im Rathaus Maxplatz werden im Jahr 2020 abgehängt. Für ein neues Kunstkonzept wird das Kulturreferat beauftragt Ideen vorzulegen, wobei idealerweise Ersatz aus dem Depot herangezogen werden kann.
- Wir ermöglichen Ausstellungen mit Werken lokaler Künstler*innen in Gebäuden des Konzerns Stadt. Die Künstler*innen erhalten dafür ein Honorar.
- Wir setzen die weitere Öffnung städtischer Liegenschaften und Räumlichkeiten des Konzerns Stadt (wie z.B. Konzert- und Kongresshalle, Brose-Arena, VHS, etc. und bspw. Schulen) für lokale Kulturschaffende um. Dies kann nach dem Vorbild der Vereinbarung der IG Freie Darstellende Künste mit dem ETA-Hoffmann-Theater geschehen.

- Einrichtung eines Leerstandmanagements (Das Immobilienmanagement der Stadt legt dem Kulturamt regelmäßig eine Liste mit Räumen und Gebäuden vor, die schon länger als 3 Monate leerstehen. Zwischennutzungen sind von der Verwaltung zu befürworten und zu unterstützen.)
- In den anstehenden Verhandlungen mit Ströer DSM werden Freiflächen für kulturelle und stadtgesehenschaftliche, ehrenamtliche Zwecke ermöglicht. Weiterhin wird eine Bereitstellung von kostenlosen Plakatwänden/Litfaßsäulen überprüft.
- In einer eigenen Rubrik Kunst&Kultur wird im Rathausjournal regelmäßig über die (freie) Kulturszene berichtet, ebenso auch auf den online-Auftritten der Stadt Bamberg.
- Wir ermöglichen die Online-Anmeldung für Straßenmusik.
- Wir errichten weitere offene Bücherschränke.
- Die Stadtverwaltung erstellt einen einsehbaren Kriterienkatalog (max. Personenanzahl, Dauer, Häufigkeit von Veranstaltungen, möglichen Auflagen, etc.) für Kulturveranstaltungen unter freiem Himmel an öffentlichen Plätzen wie z.B. Erba-Spitze, Jahnwiese, Maxplatz, Gabelmann, Kulturhof, Zelt der Religionen, Sonnentempel im Hain. Die Verwaltung prüft ein vereinfachtes Genehmigungsverfahren für Kulturveranstaltungen.
- Temporäre Aufhebung der Sperrstunden-Regelung als Maßnahme zur Unterstützung der Wirtschaft(en) in Zeiten von Corona (Testphase von 12 Monaten, danach Überprüfung der Regelungen)

5.2) Sport

- Umsetzung der Maßnahmen des Sportentwicklungsplans
- Fortführung des Sanierungskonzepts Volkspark
- Bei Schulturnhallenprojekten sollen diese so errichtet werden, dass sie auch für den Vereinssport nutzbar sind.
- Wir legen ein Investitionsprogramm auf für die Sportplatzsanierung auf.

5.3) Wirtschaft

Gewerbeflächenentwicklung:

- Nutzung der Flächenpotentiale für eine nachhaltige gewerbliche Entwicklung im Rahmen des Flächennutzungsplanverfahrens
- Weiterverfolgung des Ankaufs freiwerdender Gewerbeflächen durch die Stadt
- Begonnene Vorhaben werden positiv weiterverfolgt:
 - BPlan Südflur (ohne Gärtnerflächen)
 - B26: Klärung der wasser- und umweltrechtlichen Voraussetzungen
 - HWK-Ansiedlung
 - Deutsches Luft- und Raumfahrtzentrum
 - MUNA: Siehe 4.2 Konversion

Weiterentwicklung der lokalen Wirtschaft basierend auf vorhandenen Stärken und Ausbau der bereits verankerten Zukunftsbranchen „IT“ und „Gesundheit“:

- Bosch: Standortbekenntnis und Förderung der „Brennstoffzelle“ mit dem Ziel der Realisierung einer „Innovationsregion Wasserstoff Bamberg“. Etablierung eines Projekts für eine Wasserstofftankstelle
- Ansiedlung weiterer Unternehmen aus dem Bereich „Mobilität der Zukunft“
- Ansiedlung weiterer Unternehmen auf der Lagarde vorrangig mit den Profilen Innovation und Zukunftsfähigkeit.

- Weiterverfolgung des Ziels der Ansiedlung einer staatlichen Fachhochschule im Rahmen der Akademisierung von Pflege- und Gesundheitsberufen. Suche nach Kooperationspartnern.
- Stärkere Etablierung Bambergs im Rahmen des „medical valley“ der EMN.
- Förderung der bestehenden, lokalen klein- und mittelständischen Unternehmen

Lokaler Handel:

- Überprüfung der Vergaberichtlinien im Konzern Stadt mit dem Ziel der stärkeren Berücksichtigung des Bamberger Mittelstands
- Finanzierungssicherung auf Basis des Status Quo auf der Grundlage von konkreten Zielvorgaben. Schwerpunkt der durchzuführenden Projekte für den lokalen Bamberger Handel.
- Mit der Zielsetzung die regionalen Betriebe zu stärken sollen die Marktgebühren überprüft werden.
- Unterstützung für regionale Erzeugerinnen und Erzeuger bspw. im Erwerbsgartenbau und Unterstützung beim Aufbau von regionalen Vertriebsstrukturen.
- Zur Stärkung regionaler Produkte bauen wir Vorhaben wie pädagogische Schulgärten weiter aus.

5.4) Tourismus:

- Weiterentwicklung des Tourismussektors im Dialog mit den ortsansässigen Bürgerinnen und Bürgern
- Wir verfolgen das Ziel der Einführung einer Tourismusabgabe / Kulturförderabgabe auf Landesebene und nutzen dazu unsere Kontakte in den bayerischen Landtag. Wir starten eine Initiative mit diesem Ziel im Städte- und Gemeindetag.
- Überprüfung der Möglichkeiten zur Einführung einer Kontingentierung von Tagestouristen, Lenkung der Besucherströme
- Weiterverfolgung des Hotelgutachtens, Konsequente Weiterverfolgung der Zweckentfremdungssatzung
- Verstetigung der Einbeziehung der Bamberger Bürgerinnen und Bürger in die zukünftige Entwicklung des Tourismus
- Aufbau eines nachhaltigen Tourismus, auch in Zusammenarbeit mit dem Landkreis
- Verhandlungen mit dem Staatshafen zur Errichtung eines Besucherterminals mit dem Ziel der Lenkung der Touristenströme
- Stärkung des Michelsbergs als autofreie touristische Attraktion samt besserer fußläufiger Anbindung an die Sandstraße.

5.5) Digitalisierung

- Weiterer Ausbau der digitalen Bürgerdienstleistungen der Verwaltung und Digitalisierung der internen Verwaltungsprozesse mit dem Ziel, in den kommenden 6 Jahren 50% der städtischen Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger digital anbieten zu können.
- Wir setzen die online-Anmeldung für Termine am Rathaus am ZOB um. Wir ermöglichen zunehmend auch Videoberatung für Bürgerinnen und Bürger um mehr Barrierefreiheit zu gewährleisten.
- Digitales Gründerzentrum: Ausbau der Netzwerkaktivitäten und Unterstützung der Start-up-Szene durch enge Kooperation mit der Universität Bamberg sowie der IHK und HWK
- Wir bauen das W-Lan an öffentlichen Plätzen aus.

5.6) Europa

- Wir führen ein Willkommenspaket für Neubürger aus EU-Staaten ein.
- Durch die europäische Union geförderte Projekte in der Stadt werden von außen sichtbar durch Anbringung von Informationen zur europäischen Förderung erkennbar gemacht.
- Wir streben die Durchführung eines jährlichen Europafests am 08.05. an.
- Wir intensivieren weiter unsere europäischen Städtepartnerschaften.
- Wir stärken das europäische Fördermittelmanagement für lokale Unternehmen und Initiativen in der Wirtschaftsförderung.

Bamberg, den 6. Mai 2020

Ulrike Sänger
Stadtratsfraktion
Grünes Bamberg/ÖDP/Volt

Klaus Stieringer
Stadtratsfraktion SPD